

05.02.2006 - Keine Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst

Antrag zur Sitzung des
Kreisausschusses am 28.02.2006 und zur
Kreistagsitzung am 01.03.2006
Göttingen, den 05.02.2006

Sehr geehrter Herr Landrat!

Die bündnisgrüne Kreistagsfraktion hat wegen der vom Kommunalen Arbeitgeberverband beabsichtigten Verlängerung der Arbeitszeit den folgenden Antrag eingebracht. Sie werden gebeten ihn zur Vorbereitung auf die Tagesordnung der Kreisausschusssitzung am 28.02.2006 und zur Beschlussfassung auf die Tagesordnung der Kreistagsitzung am 01.03.2006 zu setzen:

Der Kreisausschuss möge empfehlen, der Kreistag möge beschließen:

- 1.) Der Landkreis Göttingen spricht sich gegen eine weitere Arbeitszeitverlängerung der kommunalen Bediensteten aus.
- 2.) Der Landrat wird gebeten, eine diesbezügliche Stellungnahme an den kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) zu übermitteln.
- 3.) Der Landrat wird gebeten, vorläufig die neuen Arbeitsverträge auf der Basis der bis zum 31.01.2006 üblichen Arbeitszeitregelung abzuschließen.

Begründung:

Es ist gesellschaftspolitisch derzeit kaum begründbar, warum bei über 5 Millionen Arbeitslosen die Arbeitszeit der Beschäftigten verlängert werden soll und so einem drastischen weiteren Stellenabbau Vorschub geleistet werden soll. Notwendig wäre eine angemessenere Verteilung der vorhandenen Arbeit. Trotzdem spricht viel gegen einen Austritt aus dem KAV, zum einen ist eine weitere tarifpolitische Zersplitterung abzulehnen, zum anderen hat der Landkreis Diepholz ausgerechnet, dass der Landkreis Diepholz bei einem Austritt aus dem KAV für seine Bediensteten an die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) als „sonstiges Mitglied“ einen um ca. 0,96 Millionen Euro höheren Beitrag entrichten müsste. Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

ge.: Maria Gerl-Plein